

Open Government – Mehr Transparenz und Partizipation im öffentlichen Sektor

Jens Klessmann

Mit der zunehmenden Etablierung neuer, elektronischer Medien ergeben sich mehr Möglichkeiten zur Kommunikation der eigenen Anliegen an Dritte. Es ist vielfach einfacher geworden, Informationen an ein Fachpublikum zu vermitteln und teilweise auch die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen. Waren zu Beginn des World Wide Web Spezialkenntnisse notwendig um eine Internetseite regelmäßig zu aktualisieren, so können sich Produzenten von Inhalten heute auf das Schreiben konzentrieren (Schulzki-Haddouti & Lorenz-Meyer, 2008, S. 33).

Unter neuen Medien werden in diesem Zusammenhang Anwendungen verstanden, mit denen über das Internet Informationen auf vergleichsweise einfache Art und Weise erstellt, verbreitet, kommentiert und verändert werden können. Mit Hilfe sozialer Netzwerke, Weblogs und Wikis können Inhalte von verschiedenen Personen aus der Ferne leichter gemeinsam entwickelt und editiert werden. Die gemeinschaftliche Verschlagwortung von Inhalten und Kommentierfunktionen sind weitere wichtige Elemente aktueller Online-Anwendungen. Die Summe dieser Anwendungen wird auch als Web 2.0 oder soziale Medien bezeichnet (Meckel, 2008, S. 17; O'Reilly, 2005; Osimo, 2008, S. 17). Der Zusatz »sozial« weist auf die zugrunde liegende Annahme hin, dass mit Hilfe dieser Anwendungen die Interaktion und Kooperation zwischen verschiedenen Personen und Gruppen gefördert werden kann (Schmidt, Paus-Hasebrink, & Hasebrink, 2009, S. 5).

Die Merkmale sozialer Medien haben bereits in unterschiedlichen sozio-ökonomischen Teilbereichen heutiger Gesellschaften zu mitunter dramatischen Veränderungen geführt. Wirtschaftsunternehmen entdecken zunehmend die Potentiale und Probleme der internet-basierten sozialen Medien. Nicht-Regierungsorganisationen machen sich die Vorteile der schnellen und einfachen Vernetzung sowie Erstellung und Verbreitung eigener Inhalte zunutze. Klassischer Journalismus und Verlage sowie die politische Kommunikation sehen sich vor neuen Herausforderungen und Möglichkeiten (Schmidt, Welker, & Zerfaß, 2008).

Der Einsatz sozialer Medien im öffentlichen Sektor steht derzeit noch hinter den Entwicklungen in Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft zurück. Gerade in den angelsächsischen Ländern werden jedoch Entwicklungen hin zu mehr Transparenz, Kooperation und Partizipation durch das Web 2.0 erwartet. Indikatoren sind die verschiedenen politisch-strategischen Dokumente, welche Regierungen und öffentliche Verwaltungen dieser Nationen im Jahr 2009 veröffentlicht haben (Government 2.0 Taskforce Australia, 2009; Power of Information Taskforce, 2009; The White House - Press Office, 2009).

Die Verwendung sozialer Medien in der öffentlichen Verwaltung soll dazu beitragen, dass sich die mit diesen Medien verbundenen Eigenschaften auf die Organisationen des öffentlichen Sektors übertragen bzw. eine stärkere Ausprägung dieser Eigenschaften unterstützen. Die drei zentralen Merkmale Transparenz, Kooperation und Partizipation werden dabei unter den Stichworten Government 2.0 oder Open Government zusammengefasst.

Mit dem Ansatz des Government 2.0 soll der Fokus nicht speziell auf eine Technologie gelegt werden. Im Bericht einer australischen Regierungskommission (Government 2.0 Taskforce Australia, 2009, S. 2) wird als Definition angeführt, dass es um einen grundsätzlichen Wechsel in der Umsetzung von öffentlicher Verwaltung gehe. Ziel ist ein offenes, kooperatives Arrangement, das soweit möglich offene Konsultationen, frei verfügbare Daten, geteiltes Wissen und die gegenseitige Anerkennung der teilnehmenden Akteure involviert. Technologien wird dabei ein bedeutender Anteil eingeräumt, letztendlich könne diese aber nur die Grundlage für den angeführten Wechsel darstellen (1).

Vertreter des Begriffs Government 2.0 sehen die Möglichkeit einer weiteren Modernisierung von Politik und Verwaltung mit Hilfe der weiter oben skizzierten Online-Anwendungen und ihrer Eigenschaften. Die Intelligenz der Vielen, die einfache Produktion, Verbreitung und Kommentierung von Inhalten, die Ausbildung spontaner Systeme zur Klassifikation von Inhalten durch gemeinschaftliche Verschlagwortung, der Austausch über Online-Netzwerke - diese Eigenschaften werden in Government 2.0-Projekten eingesetzt. Ziel ist die Reformierung der Erbringung von Verwaltungsleistungen, eine bessere Nachvollziehbarkeit der Verwaltungsentscheidungen und eine stärkere Einbeziehung von Bürgern, Unternehmen und der eigenen Mitarbeiter in diese Vorgänge.

Die skizzierten Online-Anwendungen lassen sich im öffentlichen Sektor dabei zur Kommunikation, Interaktion und zur Erbringung von Dienstleistungen einsetzen. Dies gilt sowohl für binnenorientierte Vorhaben zur Einbeziehung der Mitarbeiter oder interorganisationaler Kooperationen wie für die nach Außen orientierten Handlungen, bei denen Bürger und Unternehmen einbezogen werden. Bei dem Schwerpunkt Kommunikation geht es darum, den unterschiedlichen Zielgruppen Informationen aus Politik und Verwaltung zu vermitteln. Im Bereich der Interaktion finden technische Lösungen Anwendung, welche Feedback ermöglichen und das Wissen vieler Personen einbinden. In der Erbringung von Dienstleistungen finden besonders die Potentiale zur kooperativen Erarbeitung von Inhalten und der flexiblen Vermischung von Inhalten des öffentlichen Sektors mit Angeboten der Privatwirtschaft Anwendung, wie zum Beispiel der Kombination von Immigrationsdienstleistungen mit Online-Angeboten einer Reiseagentur (Chang & Kannan, 2008, S. 19f.).

Ein weiteres Argument für die Verwendung sozialer Medien durch öffentliche Einrichtungen und Gebietskörperschaften ist die stark zunehmende Nutzung durch die Bevölkerung. Ein Ziel moderner Verwaltungen ist es, über mehrere Kommunikationskanäle erreichbar zu sein sowie Informationen und eigene Dienstleistungen anzubieten. Im Sinne dieser angestrebten persönlichen, telefonischen und digitalen Erreichbarkeit gilt der Einsatz von sozialer Software als notwendig. So kann zum Beispiel eine Kommune ihre Dienstleistungen auch über populäre Online-Netzwerke anbieten und ansprechbar sein (Chang & Kannan, 2008, S. 18). Eine von der briti-

schen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission empfiehlt beispielsweise die aktive Teilnahme öffentlicher Angestellter an Diskussionen in Internetforen mit Bezug zu Themen für welche diese Mitarbeiter verantwortlich sind (Power of Information Taskforce, 2009, S. 5).

Nicht zuletzt kann der Einsatz moderner Technologien für Behörden und Gebietskörperschaften auch aus dem Grund der Personalrekrutierung von Bedeutung sein. Angesichts einer zukünftig zu erwartenden Knappheit junger Fachkräfte am Arbeitsmarkt kann ein Arbeitsplatz, an dem aktuelle Informations- und Kommunikationssysteme eingesetzt werden, zur Attraktivität der öffentlichen Hand als Arbeitgeber beitragen.

Mit dem Begriff »Open Government« wird in aktuellen Diskussionen im Prinzip auch der Einsatz sozialer Medien im öffentlichen Sektor verbunden. Hierbei wird jedoch ein besonderer Schwerpunkt auf die Öffnung und Transparenz politischer und administrativer Handlungen gelegt. Entsprechend wurde beispielsweise von der derzeitigen US-Administration verkündet, dortige Behörden sollten zukünftig besonders transparent, kooperativ und partizipativ sein (The White House - Press Office, 2009).

Verschiedene Aktivitäten auf den föderalen Ebenen zeigen, welche Bedeutung die mit sozialen Medien verbundenen Ideen von Offenheit, Beteiligung und Kooperation im öffentlichen Sektor gewinnen. Im Herbst 2010 hat die Bundesregierung in ihrem Programm »Vernetzte und transparente Verwaltung« dies aufgegriffen und Pilotvorhaben vor allem zu mehr Transparenz durch Veröffentlichung staatlicher Informationen angekündigt (Bundesministerium des Innern, 2010, S. 57f.). Projekte, wie die des Bundesumweltministeriums »Mitreden-U« (2) zeigen auf, wie Beteiligung auf Bundesebene gestaltet werden kann. Auf Ebene der Länder finden sich Vorhaben bspw. die Koalitionsvereinbarung der aktuellen Regierungsparteien in NRW, in der eine stärkere Öffnung von Verwaltung angekündigt wird (NRW SPD & Bündnis 90 / Die Grünen NRW, 2010, S. 81). Gleichzeitig auch bereits realisierte Projekte wie die Dialogplattform »Aufbruch Bayern« (3). Auf kommunaler Ebene existieren diverse Projekte, die sich auch dem Open Government-Ansatz zuordnen lassen, wie etwa die Bürgerhaushalte (4), Online-Beteiligungsprojekte zu städtebaulichen Veränderungen und zunehmend Präsenzen von Kommunen in Online-Netzwerken.

Als gesamtstrategischer Ansatz, mit dem Politik und Verwaltung neu ausgerichtet werden können, wird Open Government bisher jedoch auf den föderalen Ebenen kaum aufgefasst. Die Notwendigkeit auf immer komplexere Herausforderungen mit neuen, offeneren Steuerungsformen zu reagieren wird sicher durchaus wahrgenommen. Eine ganzheitliche Umsetzung findet bisher nur in Ansätzen statt. Hierbei sind neben technischen vor allem organisatorisch-kulturelle Hürden großer Organisationen wie der öffentlichen Verwaltung zu überwinden. Dies kann nachhaltig nur gemeinsam mit allen betroffenen Akteuren aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gelingen.

Anmerkungen

(1) Im englischen Original: »Government 2.0 is not specifically about social networking or technology ... It represents a fundamental shift in the implementation of government — toward an open, collaborative, cooperative arrangement where there is (wherever possible) open consultation, open data, shared knowledge, mutual acknowledgment of expertise, mutual respect for shared values and an understanding of how to agree to disagree. Technology and social tools are an important part of this change but are essentially [just] an enabler in this process.« Hierbei handelt es sich um ein, im Regierungsbericht verwendetes Zitat aus der Online-Diskussionsgruppe, deren Mitglieder u.a. zur Erarbeitung des Berichts beigetragen haben.

(2) <http://www.mitreden-u.de/>

(3) <http://www.aufbruch.bayern.de/>

(4) Eine Übersicht bietet: <http://www.buergerhaushalt.org/>

Literatur

Ehlers, Jan/Kruse, Nikolas (2007): Jugend-Mentoring in Deutschland. Patenschaftsprogramme im Handlungsfeld Berufsorientierung und Berufswahl. Paperback, Books on Demand GmbH

Freidson, Eliot (1986): Professional Powers. A Study of the Institutionalization of Formal Knowledge. Chicago, University Press

Bundesministerium des Innern (Hrsg.). (2010). Regierungsprogramm - Vernetzte und transparente Verwaltung. Abgerufen von http://www.verwaltung-innovativ.de/cIn_117/SharedDocs/Publikationen/Pressemitteilungen/regierungsprogramm_vernetzte_und_transparente_verwaltung,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/regierungsprogramm_vernetzte_und_transparente_verwaltung.pdf

Chang, A., & Kannan, P. (2008). Leveraging Web 2.0 in Government. E-Government/Technology Series. IBM Center for the Business of Government. Abgerufen von <http://www.businessofgovernment.org/pdfs/ChangReport2.pdf>

Government 2.0 Taskforce Australia (Hrsg.). (2009). Engage - Getting on with Government 2.0. Abgerufen von <http://www.finance.gov.au/publications/gov2otaskforcereport/doc/Government2oTaskforceReport.pdf>

Meckel, M. (2008). Aus Vielen wird das Eins gefunden - wie Web 2.0 unsere Kommunikation verändert. Aus Politik und Zeitgeschichte, 39, 17-23.

NRW SPD, & Bündnis 90 / Die Grünen NRW (Hrsg.). (2010). Gemeinsam neue Wege gehen - Koalitionsvertrag zwischen der NRW SPD und Bündnis 90 / Die Grünen NRW. Abgerufen von http://www.gruene-nrw.de/fileadmin/user_upload/landesverband/gruene-nrw/aktuelles/2010/koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_Rot-Gruen_NRW_2010-2015.pdf

O'Reilly, T. (2005, September 30). What Is Web 2.0 - Design Patterns and Business Models for the Next Generation of Software. Abgerufen Mai 1, 2009, von <http://www.oreillynet.com/lpt/a/6228>

Osimo, D. (2008). Web 2.0 in Government: Why and How? JRC Scientific and Technical Reports. Luxemburg: European Commission, Joint Research Centre, Institute for Prospective Technological Studies. Abgerufen von <http://www.jrc.es/publications/pub.cfm?id=1565>

Power of Information Taskforce (Hrsg.). (2009). Power of Information Taskforce Report. Abgerufen von <http://poit.cabinetoffice.gov.uk/poit/>

Schmidt, J., Welker, M., & Zerfaß, A. (Hrsg.). (2008). Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web.

Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik. Neue Schriften zur Online-Forschung. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Schmidt, J., Paus-Hasebrink, I., & Hasebrink, U. (Hrsg.). (2009). Heranwachsen mit dem Social Web. Zur Rolle von Web 2.0-Angeboten im Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Kurzfassung des Endberichts für die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM). Abgerufen von http://www.hans-bredow-institut.de/webfm_send/367

Schulzki-Haddouti, C., & Lorenz-Meyer, L. (2008). Kooperative Technologien in Arbeit, Ausbildung und Zivilgesellschaft. Analyse für die Innovations- und Technikanalyse (ITA) im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Hochschule Darmstadt.

The White House - Press Office. (2009, Januar 21). Transparency and Open Government - Memorandum for the heads of executive departments and agencies by Barack Obama. The White House. Abgerufen Mai 29, 2009, von http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Transparency_and_Open_Government/

Autor

Jens Klessmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fraunhofer-Instituts FOKUS und setzt sich in seiner Dissertation an der DHV Speyer mit Fragestellungen des Einsatzes sozialer Medien in der öffentlichen Verwaltung auseinander. Er engagiert sich im Government 2.0 Netzwerk Deutschland e.V. für mehr Transparenz und Beteiligung im öffentlichen Sektor.

Kontakt:

Jens Klessmann

Kaiserin-Augusta-Allee 31

10581 Berlin

E-Mail: jens.klessmann@fokus.fraunhofer.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de